

Prof. Dr. Manfred Wilke

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Vereinigung

Einleitung: Vergangenheitsbewältigung als Problem deutscher Politik nach 1945

Am 9. November 1989 geschah in Berlin das allseits Unerwartete: Die Mauer fiel und nach dem Wiedersehen folgte am 3. Oktober 1990 die Wiedervereinigung. Die SED-Herrschaft wurde von den DDR-Bürgern gestürzt und die Deutschen erlebten erstmals in ihrer Geschichte eine siegreiche friedliche Revolution. Freiheit und Demokratie wurde auch dort durchgesetzt, wo sie 66 Jahre gefehlt hat.

Mit der Besetzung von Dienststellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in den Bezirks- und Kreisstädten der DDR und der Sicherung der Akten der Staatssicherheit - deren Vernichtung bereits begonnen hatte - durch die Bürgerkomitees wurde im Dezember 1989 die zweite Vergangenheitsbewältigung einer Diktatur in Deutschland im 20. Jahrhundert auf die politische Agenda gesetzt.

Die Aufarbeitung der SED-Diktatur unterschied sich in vielerlei Hinsicht von der der nationalsozialistischen Tyrannis nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals setzten die alliierten Mächte die selbstkritische Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer jüngsten Vergangenheit durch. Sie forderten von ihnen „Buße“ für das Leid und die Verbrechen, die sie im Zweiten Weltkrieg anderen Völkern zugefügt hatten. Das Wort „Bewältigung“ selbst verdeutlicht diesen äußeren Druck zur Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur. Diese selbstkritische „Aufarbeitung“ des im Nachhinein auch von den nachgeborenen Deutschen als unfassbar empfundenen Geschehens begann somit unter den Augen von vier Besatzungsmächten im befreiten und besetzten Land.

Die Verfolgung der Schuldigen an Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehörte zu den erklärten Kriegszielen der Alliierten. Die „Aufarbeitung“ war zunächst nicht allein Sache von Historikern, Schriftstellern oder Künstlern. Sie war eine politische Entscheidung der Sieger und gehörte zum Programm der

demokratischen „Reeducation“¹, die sie den Deutschen verordneten. Das sichtbarste Zeichen der Alliierten Mächte, das ihren Willen unterstrich, die Verbrechen des NS-Regimes zu sühnen, war die Gründung eines Internationalen Gerichtshofes in Nürnberg. In der Stadt der NS-Parteitage fand der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher statt, um ihre Schuld vor aller Welt festzuhalten und sie den Deutschen vor Augen zu führen. Die Todesurteile des Gerichtshofes für die Mehrzahl der Angeklagten ließen keinen Zweifel am Willen der alliierten Richter aufkommen, die Verantwortlichen für die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und der in seinem Verlauf erfolgten Kriegsverbrechen zu bestrafen. Im Vorfeld der Gründung beider deutscher Teilstaaten ordneten die Besatzungsmächte in ihren Zonen eine "Entnazifizierung" an. Die Abgrenzung von der NS-Diktatur wurde zu einem festen Bestandteil der politischen Kultur im Nachkriegsdeutschland. Sie war vonnöten und von den deutschen Anti-Nazis, die den demokratischen Neuanfang in den westlichen Besatzungszonen politisch gestalteten, auch gewollt. Nach 1945 benötigte die Erlebnisgeneration in Deutschland Strategien zur Bewältigung ihres Lebens in der Diktatur, um Kraft für den wirtschaftlichen und politischen Neuanfang zu haben. Ein verbreitetes Verhaltensmuster war lange Jahre das Schweigen über diese Vergangenheit. Im Grundgesetz der Bundesrepublik von 1949 erhielt dieser Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit Verfassungsrang.

In der sowjetischen Besatzungszone diente der „Antifaschismus“ den sowjetischen und deutschen Kommunisten zur Legitimation ihrer Diktatur. Geführt von „Moskau-Kadern“ der KPD wurde - ebenfalls 1949 - aus der sowjetischen Besatzungszone die Deutsche Demokratische Republik (DDR).

Die Unterschiede zwischen der Bewältigung der NS-Diktatur und der Aufarbeitung der SED-Diktatur beginnen damit, dass von der ersten alle Deutschen betroffen waren. Zudem konnte sich Hitlers Regime auf eine breitere Zustimmung im Volk stützen als die SED. Nach 1989 waren unmittelbar nur ca. 17 Millionen ehemalige DDR-Bürger von dieser Geschichte betroffen. Die unterschiedliche Betroffenheit von der SED- Diktatur in beiden Staaten war und ist ein großes Problem in der deutschen Debatte seit 1990.

¹ Engl. Umerziehung bzw. „Rück“ erziehung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg zu demokratischen, freiheitlich denkenden Menschen; geistiger Bruch mit dem nationalsozialistischen Gedankengut.

Kann man die totalitäre Diktatur der Nationalsozialisten, die für die Geschichte der Welt im 20. Jahrhundert von prägender Bedeutung war - das muss man auch heutzutage in Warschau nicht besonders betonen - überhaupt mit der der Kommunisten in der DDR vergleichen?. Dies war eine zentrale Frage nach der Vereinigung. Die Diktatur der Nationalsozialisten wurde von den Deutschen selbst herbeigeführt, die Herrschaft der Kommunisten über einen deutschen Teilstaat nach 1945 wurde von außen implantiert und war Ausdruck sowjetischen Siegerwillens.

Es war nicht überraschend, dass die gewendeten Kommunisten nach ihrem Sturz 1989 mit den Begriffen „Weltkrieg“ und „Auschwitz“ argumentierten, um ihre diktatorische Herrschaft im sowjetischen Auftrag zu rechtfertigen oder gar als legitim erscheinen zu lassen. Ein Hindernis in der Auseinandersetzung mit der Verharmlosung dieser Diktatur auf westdeutscher Seite hatte seine Wurzeln in dem Bild, das die politikwissenschaftliche DDR-Forschung von diesem Staat in den letzten Jahrzehnten seiner Existenz von ihm entworfen hatte.. Vor dem Jahr 1989 prägten die Realisten der Zweistaatlichkeit den westdeutschen Diskurs in den Medien über die Teilung unseres Landes und es galt die Maxime: Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR! Das Ende der DDR traf auch viele dieser Experten unerwartet Die politischen Konsequenzen aus den Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur zogen viele westdeutsche Demokraten damals hinsichtlich der DDR nicht: niemals wieder in Deutschland eine Diktatur zu dulden. Selbst den Begriff „Diktatur“ für die Herrschaftsordnung der DDR zu akzeptieren, fällt einem beachtlichen Teil der Deutschen und den Medien immer noch schwer.

Diese knappen Anmerkungen zur innerdeutschen Problematik, mit der diese zweite Vergangenheitsbewältigung einer Diktatur in Deutschland belastet war, verdeutlichen bereits, dass die doppelte Diktaturgeschichte in Deutschland historisch zusammenhängt und auch in der Reflexion aufeinander bezogen ist.

Die Erinnerungskultur selbst begann in den Konzentrationslagern – sie waren im Grunde riesige Friedhöfe. Die Überlebenden setzten erste Zeichen der Erinnerung an ihre gefolterten und ermordeten Mithäftlinge. Im Mittelpunkt dieser Erinnerungskultur standen die Opfer der Diktatur. Bundestagspräsident Norbert Lammert sieht die Besonderheit der Erinnerungskultur darin, dass sich der Staat in diesem Bereich nicht

darauf beschränken darf, Rahmenbedingungen für die Kultur zu garantieren, sondern „selbst den Gegenstand dessen prägt, um was es geht.“²

In der Bundesrepublik wurde neben den Opfern, bei denen der Völkermord an den europäischen Juden vorn besonderer Bedeutung war, gilt er doch als das singuläre Verbrechen der Nationalsozialisten, auch dem deutschen Widerstand gegen die Diktatur gedacht. Die deutsche Erinnerungskultur konzentriert sich auf drei Personengruppen: die Opfer, die Täter und den Widerstand, der es 1933 nicht vermochte, die Errichtung der Diktatur zu verhindern und sie später von innen zu stürzen. Die Geschichte der von der Sowjetunion implantierten zweiten Diktatur in Deutschland war nun - nach 1990 - in die demokratische Erinnerungskultur des vereinigten Deutschland zu integrieren.

Mein Referat konzentriert sich in seiner Darstellung der Entwicklung dieser Aufarbeitung auf die politischen Grundsatzentscheidungen von Bundesregierung und Bundestag in den Jahren von 1991 bis 1998 und endet mit einem Ausblick auf die aktuelle Debatte um die Fortschreibung des Gedenkstättenkonzeptes der Bundesrepublik.

I. Die Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur

I 1. Die Hypothek der Teilung im Vereinigungsprozess

Erst nach der Einheit erlebten die Deutschen in West und Ost, wie fremd sie sich in über vierzig Jahren der Teilung in den beiden Gesellschaften geworden waren. 1989/90 waren die Deutschen überzeugt: Wir schaffen die Einheit! Die Stimmungslage der Republik veränderte sich 1991/92, die Zuversicht wich einem Gefühl der Unsicherheit. Fragen nach persönlicher Schuld, Verstrickung und politischer Verantwortung in einem diktatorischen Regime wurden erneut aufgeworfen - allerdings nur im Osten Deutschlands. Der Westen schaute dieser Selbstprüfung weitgehend unbeteiligt zu.

² [Norbert Lammert, Erinnerungskultur als staatliche Aufgabe, Bemerkungen zur Einleitung, in: ders. \(Hrsg.\), Erinnerungskultur, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin 2004, S. 10.](#)

Hinsichtlich der Täter wiederholte sich in gewisser Weise die unmittelbare Nachkriegszeit. Im Vereinigungsprozess 1990 war es diesmal ein Gebot der Klugheit, die Herrschaft der SED selbst nicht zu thematisieren. Über die SED ernsthaft zu sprechen, hätte bedeutet, sich mit der sowjetischen Deutschlandpolitik auseinanderzusetzen. Es war aber in diesem Punkt außenpolitische Rücksicht mit Blick auf die Zustimmung der Vier Mächte zur deutschen Einheit geboten. Hinzu kam der Zeitdruck, mit dem die innen- und außenpolitischen Fragen in 10 Monaten gelöst werden mussten. Es war nicht die Stunde, um das moralisch-politische Problem der Aufarbeitung der SED-Diktatur aufzuwerfen. Vorrang hatte der demokratische Neuanfang und der Wiederaufbau des zerstörten Landes. 1990 ging es um die Integration der „gelernten DDR-Bürger“ in die demokratische Bundesrepublik und die soziale Marktwirtschaft. Innenpolitisch hatte der „Aufbau Ost“ Vorrang vor der Klärung von moralischer Schuld und politischer Verantwortung der SED – Kader. Strafrechtlich verfolgt wurden lediglich die Todesfälle an der innerdeutschen Grenze, hier kam es zu Strafverfahren, die nicht nur die Todesschützen, ihre Kommandeure sondern auch die Mitglieder des SED-Politbüros betrafen. Sie mussten sich für den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze verantworten und wurden dafür auch verurteilt.³

I 2. Der Streit um die Öffnung der Staatssicherheits-Akten der DDR

Die Gegner der SED in der DDR waren in dieser Konstellation die einzige Gruppe, die auf Aufklärung vor allem über die Untaten der Staatssicherheit im SED-Staat bestanden. Sie forderten die Öffnung der MfS-Akten für die betroffenen Opfer und die Offenlegung der Namen von MfS-Offizieren und deren Spitzeln.

Aus der Sicht der Bundesregierung war es ein Randproblem, an dem sich im Sommer 1990 der erste Streit um die Bewältigung der zweiten Diktatur-Vergangenheit entzündete. In den Verhandlungen um den Einigungsvertrag war zu klären: Sollen die West-Spione des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR nach der Vereinigung vor Gericht gestellt werden? Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble woll-

³ Vgl. Roman Grafe: Deutsche Gerechtigkeit, Prozesse gegen DDR-Grenzsoldaten und ihre Befehlshaber, München 2004.

te das nicht. Er schlug eine Amnestie für diese "teilungsbedingten Straftaten" vor - sein Plan scheiterte. Der Innenminister hatte die Widerstände unterschätzt.⁴

Folgenschwerer war der nächste Konflikt um die Akten selbst. Beide deutschen Regierungen beabsichtigten im Einigungsvertrag „eine restriktive Nutzung der Stasi-Akten festzulegen“.⁵ Die Unterlagen sollten dem Bundesarchiv übergeben werden. Die endgültige Regelung wollten beide Seiten dem ersten gesamtdeutschen Bundestag überlassen, der 1990 gewählt wurde. Nachdem diese Absicht bekannt wurde, besetzten Bürgerrechtler die Räume in der früheren Stasi-Zentrale in Berlin, um die Öffnung der Akten zu erzwingen.

Die Sicherung der MfS-Akten vor ihrer bereits befohlenen Vernichtung war das Verdienst spontaner Bürgerkomitees, die im Dezember 1989 die Bezirks- und Kreisdienststellen der Staatssicherheit besetzten. Den Bürgerrechtlern ging es dabei vorrangig um die Sicherung der Zeugnisse der durch die Stasi zerstörten Biografien, weniger um die Verfolgung der Täter. Wollte bis 1989 das MfS wissen: Wer ist wer in der DDR?, wurde in der friedlichen Revolution diese Frage nun umgekehrt. Jetzt wollten die Betroffenen wissen: Wer war unter unseren Familienangehörigen, Freunden, Kollegen und Bekannten ein Spitzel, was hat er berichtet und warum hat er das getan?

Die Akteneinsicht symbolisiert die Selbstbefreiung der DDR-Gesellschaft von der Atmosphäre der Lüge und des Misstrauens, die eine direkte Folge der flächendeckenden Überwachung durch das MfS war. Um die Bedeutung dieser Frage für die Gesellschaft der DDR zu verstehen, genügt es schon, sich die Dimension des Überwachungsapparates vor Augen zu führen. Das Ministerium besaß 1989 eine Personalstärke, die zu der Bevölkerung von ca. 17 Millionen Menschen in einem monströsen Missverhältnis stand. Aus den rund 1.000 Mitarbeitern im Jahr 1950 waren 1989 ca. 91.000 geworden, einschließlich der Offiziere und Soldaten eines Wachregiments. Das Rückgrat der Überwachung der Gesellschaft bildeten ungefähr 13.000 MfS-Offiziere,⁶ die 1989 „ein verdecktes, weit verzweigtes, konspirativ abgeschirmtes Informationsnetz“ führten, in dem zuletzt 173.000 Spitzel und Zuträger, Inoffizielle Mit-

⁴ [„Das Vorhaben erhielt \(nicht von seinen Autoren\) den Namen 'Stasi-Amnestie', und damit war eigentlich sein Scheitern schon besiegelt.“, in: Wolfgang Schäuble, Der Vertrag, S. 271.](#)

⁵ [A.a.O., S. 274.](#)

⁶ [Helmut Müller-Enbergs: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 1996, S. 14.](#)

arbeiter (IM) und gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit (GMS) aller Kategorien erfasst und tätig waren.⁷

II. Die Öffnung der Stasi-Akten

Die Folge dieses Konfliktes war, dass die Aufarbeitung der SED-Diktatur sich zunächst auf deren "Schild und Schwert", die Staatssicherheit, konzentrierte. Kurz vor der Vereinigung 1990 einigten sich beide deutschen Regierungen diesbezüglich auf eine Zusatzvereinbarung zum Einigungsvertrag. Der gesamtdeutsche Bundestag sollte eine gesetzliche Regelung schaffen, die den betroffenen Opfern ein Auskunftsrecht über den Inhalt der vom MfS über sie angelegten Akten einräumt und der politischen, historischen und juristischen Aufarbeitung der Tätigkeit des MfS dienen sollte. Damit waren die Weichen für die Behörde des "Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik" gestellt.

Der Verlauf dieser Debatte um 178 km laufenden MfS-Akten offenbarte die Asymmetrie, die in der deutschen Gesellschaft hinsichtlich der eigenen Betroffenheit über die Geschichte der zweiten deutschen Diktatur bestand. Die alte Bundesrepublik war von der MfS-Überwachung nur marginal betroffen. Da wo sie betroffen war, zeigte sie Abwehrreflexe gegen die Aufklärung. Dies verdeutlicht die Diskussion um die Enttarnung der Westspione des MfS. Sie ist immer noch aktuell. So haben die Regierungsfractionen von SPD und CDU/CSU es 2007 abgelehnt, dass die Stasi-Unterlagenbehörde untersucht, wie viele Agenten das MfS zwischen 1969 und 1972 unter den Abgeordneten des Deutschen Bundestages angeworben hatte. Es war die Legislaturperiode, in der die Ostverträge verabschiedet wurden. Sicher ist: 1972 beteiligte sich das MfS aktiv an der Abwehr des Misstrauensvotums der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag, die den Bundeskanzler Willy Brandt abwählen wollte. Dieses Vorhaben scheiterte somit auch am MfS.

⁷ [Karl-Wilhelm Fricke: Staatssicherheit, in: Lexikon des DDR-Sozialismus, a.a.O., S. 598.](#)

Am 20. Dezember 1991 verabschiedete der Bundestag das Stasi-Unterlagen-Gesetz. Es schuf eine Auskunftsbehörde, welche auf Antrag tätig wird. Diese Behörde besitzt nicht das Recht eigenständige Überprüfungen im öffentlichen Dienst oder den Parlamenten auf eine vermutete MfS-Tätigkeit von Abgeordneten oder staatlichen Angestellten durchzuführen. Erforderlich ist hierfür die Beantragung einer Überprüfung durch eine Behörde oder ein Parlament. Das Recht, einem Mitarbeiter, der seine Tätigkeit für das MfS verschwiegen hatte, zu kündigen, liegt bei der Institution, die die Überprüfung ihres Personals veranlasste. Die Überprüfungen - vor allem in den ostdeutschen Länderparlamenten - sollten verhindern, dass verdeckte Seilschaften von ehemaligen MfS-Mitarbeitern manipulativen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse bekamen.

Mit diesem Gesetz wurde die SED-Diktatur endgültig zum Thema der deutschen Innenpolitik. Die Konflikte um das Thema "Stasi" vertieften in der veröffentlichten Meinung die noch bestehenden Gräben zwischen West und Ost: der Osten war betroffen, der Westen schaute zu! Es dauerte lange, bis die Aktenöffnung als Akt der Selbstbefreiung durch Aufklärung⁸ auch in Westdeutschland verstanden wurde. Bundeskanzler Helmut Kohl hat seinen eigenen Lernprozess beschrieben:

„Wenn ich heute zurückschaue, dann halte ich diese Entscheidung von damals für richtig, wenngleich ich zeitweise daran gezweifelt habe. Ich fürchtete, der ganze Unrat, der da hochkommen würde, könnte das Klima in Deutschland vergiften. Dies ist nicht eingetreten, weil es die Opfer verstanden haben, mit dieser düsteren Hinterlassenschaft verantwortungsbewusst umzugehen.“⁹ Das Stasi-Unterlagen-Gesetz war ein Votum für den Prozess der Aufklärung über die zweite deutsche Diktatur als unverzichtbarer, historischer Beitrag zur inneren Vereinigung des Landes auf dem Boden von Demokratie und Rechtsstaat.

⁸ [Im zweiten Tätigkeitsbericht des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Republik, den er 1995 dem Deutschen Bundestag vorlegte, werden die Ergebnisse einer Untersuchung des psychologischen Instituts der Universität Hamburg über die Bedeutung der Akteneinsicht für die betroffenen Bürger referiert. Auf die Frage, welche Bedeutung die Akteneinsicht für sie gehabt habe, „antworten 58 %, sie wüssten jetzt, dass die Staatssicherheit alle wichtigen Lebensbereiche ausgeforscht habe, 95 % der Befragten sind der Auffassung, es sei richtig gewesen, die Unterlagen einzusehen. 80 % geben an, die Situation sei danach nicht mehr so belastend.“ Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/1750, 29.6.95, Sachgebiet 252, S. 17.](#)

⁹ Helmut Kohl: „Ich wollte Deutschlands Einheit“, dargestellt von Kai Diekmann und Ralf Georg Reuth, Berlin 1996, S. 463 f.

III Eine historische Enquete-Kommission des Bundestages zur SED-Diktatur

1992 wuchs die politische Einsicht, dass die öffentliche Verhandlung über die zweite Diktatur und ihren Platz in der deutschen Geschichte unabweisbar geworden war. Aber wie sollte das geschehen, welche Institution bot das geeignete Forum?

Den institutionellen Ausweg fand in dieser Situation der Abgeordnete Markus Meckel. Der evangelische Pfarrer gehörte zu den Mitbegründern der Sozialdemokratischen Partei der DDR im Herbst 1989. Er schlug eine Enquete-Kommission des Bundestages zur DDR-Geschichte vor: „Der Deutsche Bundestag, als höchstes gewähltes Gremium, mit Abgeordneten aus ganz Deutschland, trägt besondere Verantwortung für die Aufarbeitung dieser Geschichte.“¹⁰ Es waren die Bürgerrechtler – nun Parlamentarier – die im Bundestag 1992 diese Enquete-Kommission forderten und durchsetzten. Durch die Einbeziehung aller Parteien im Bundestag, auch der SED-Fortsetzungspartei PDS, konnten die unterschiedlichen Perspektiven auf die Geschichte dieser Diktatur in der DDR und der Teilung als dem gemeinsamen Schicksal der Deutschen nach 1945 zur Geltung kommen. Dirk Hansen, als Abgeordneter der FDP selbst Mitglied dieser Enquete-Kommission, unterstrich diese Entscheidung: „Einmalig für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg war das Unterfangen, dass ein deutsches Parlament sich selber die Aufgabe der 'Vergangenheitsbewältigung' stellte.“

Die Einsetzung dieser Enquete-Kommission „Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“¹¹, unter Vorsitz von Rainer Eppelmann (CDU) im Frühjahr 1992, war die zweite geschichtspolitische Grundsatzentscheidung des Bundestages über den Umgang mit der kommunistischen Diktatur: Ihr Unrecht und ihre Geschichte geht alle Deutschen an.

In der Einsetzungsdebatte um die Kommission lieferte wenige Wochen nach der Eröffnung der Stasi-Unterlagen-Behörde die MfS-Problematik den roten Faden. So sprach der Abgeordnete Gerd Poppe (Bündnis 90/Die Grünen) über erste persönli-

¹⁰ SPD-Bundestagsfraktion, Rundbrief, Bonn, vom 28. November 1991: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Markus Meckel fordert die Einsetzung einer Enquete-Kommission zur politischen Aufarbeitung von 40 Jahren Vergangenheit der DDR, zit. nach: Petra Bock: Von der Tribunal-Idee zur Enquete-Kommission, in: Deutschlandarchiv, Heft 11/1995, 28. Jg., S. 1176.

¹¹ Dirk Hansen: Befreiung durch Erinnerung, zur Arbeit der Enquete-Kommission "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland" des Deutschen Bundestages, in: Deutsche Studien, Vierteljahresshefte der Ost-Akademie e.V., Lüneburg, Heft 125, XXXII. Jahrgang, März/ Juli 1995, S. 71.

che und politische Erfahrungen im Umgang mit diesen Akten. Nachdrücklich verteidigte er die Aktenöffnung. Betroffen und empört prangerte er den interessengeleiteten Umgang mit den bitteren Wahrheiten der Opfer an, die sie aus ihrer Akteneinsicht gewonnen hatten, dies gelte auch für Teile der Justiz, die den Wahrheitsgehalt der Akten bezweifelten und dazu neigten, den nachträglichen Interpretationen der Täter zu glauben:

„Unerträglich finde ich es auch, wenn Stasi-Täter als Kronzeugen aufgerufen werden, um je nach Interessenlage andere zu be- oder entlasten, wenn sie als glaubwürdig gelten, die von ihnen selbst angelegten Akten aber als unglaubwürdig, oder wenn sie sich andererseits unter Berufung auf eine ihnen von anderen Tätern auferlegte Schweigepflicht weiterhin in ihren Villen verschanzen. Die Fortsetzung der öffentlichen Auseinandersetzung darf nicht behindert werden. Jedoch sind eindeutige Feststellungen und zugleich eine sehr viel differenziertere Betrachtungsweise als bisher nötig. Nach der Durchsicht meiner mehr als 10.000 Blatt umfassenden 'Sammlung' in den letzten zehn Wochen darf ich sagen, dass das Stasi-Unterlagen-Gesetz vorerst hinreichende Voraussetzungen für die Aufarbeitung dieser Akten bietet.“¹²

Die Ausführungen des Abgeordneten gipfelten in dem leidenschaftlichen Appell an die westdeutsche Öffentlichkeit, eine Wahrheit über ihre Landsleute aus der DDR nicht zu übersehen: „Wir waren kein Volk von Widerständlern, aber noch weniger eines von Denunzianten.“¹³

Eine ganz andere Dimension der Stasi-Akten bewegte die verantwortlichen Politiker aus dem Westen. Sie dachten mit Sorge an ihre Parteiorganisationen im Osten. Das gesamtdeutsche Parteiensystem war immer noch labil, zwar waren Programmatik und Politiker aus dem Westen in die DDR transferiert worden, aber die Parteiorganisationen von SPD, CDU und FDP gewannen im Osten nur langsam Bodenhaftung. Viele Mitglieder aus den alten DDR-Blockparteien, diese hatten sich 1990 mit ihren Partnern aus dem Westen zu gesamtdeutschen Parteien zusammengeschlossen, verließen enttäuscht die nun westlich dominierten Parteien.

Die im Herbst 1989 neu gegründeten Parteien bekamen, wie z.B. die Sozialdemokraten, nicht genügend Mitglieder oder gingen wieder unter wie der "Demokratische Aufbruch" oder die „Deutsche Soziale Union“ (DSU).

¹² Materialien, a.a.O., Bd. I, S. 50 f.

¹³ A.a.O., S. 53.

Ein weiteres Problem der westdeutschen Parteien war die Geschichte ihrer eigenen Deutschlandpolitik bis 1989. Die CDU unterhielt bis zum Fall der Mauer keine Beziehungen zu der gleichnamigen "Blockpartei" aus der DDR. Damit unterschied sie sich von der FDP, die Verbindungen zu den Liberaldemokraten der DDR unterhalten hatte. Beide Parteien haben am Verfassungsauftrag des Grundgesetzes festgehalten, die deutsche Einheit blieb immer Staatsziel der Bundesrepublik. Die SPD dagegen war zunehmend zur Partei des Status Quo der Teilung geworden. Nach dem Grundlagenvertrag 1972 hatte die SPD direkte Parteibeziehungen zur SED aufgenommen und 1987 ein gemeinsames Papier mit der SED erarbeitet, in dem sich beide Parteien über eine "Kultur des ideologischen Streits" verständigten, um sich auf eine gemeinsame Politik der Abrüstung und die Sicherung des Friedens einigen zu können.

Weit verbreitet war die Sorge um die politische Destabilisierung der „neuen Länder“ infolge der Öffnung der Stasi-Akten. Für die Stabilität der staatlichen Verwaltung kam ein weiterer Punkt hinzu, der aber nicht weiter thematisiert wurde. Im Einigungsvertrag hatten sich beide Regierungen darauf geeinigt, die Angestellten der DDR-Staatsverwaltung weitgehend in den öffentlichen Dienst der Kommunen und der Länder der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren. Nur noch die verschwiegene Tätigkeit für das MfS sollte nach der Vereinigung eine außerordentliche Kündigung erlauben.

Die Einsetzungsdebatte zur Enquete-Kommission im Bundestag im März 1992 demonstrierte auch den Konsens unter den demokratischen Parteien, es nicht zuzulassen, dass die Geschichte der DDR auf die Stasi-Thematik reduziert wird. Im Interesse der Demokratie in Deutschland war es notwendig auch zu dieser Diktatur einen klaren Trennungsstrich zu ziehen, über dieses Ziel waren sich die Parteien einig. Die Debatte über die Aufgaben der Kommission zeigte aber auch, wie eng „Aufarbeitung“ und „Bewältigung“ einer Diktaturgeschichte als Thema politischer Kommunikation mit den damaligen Tagesfragen und Interessen der verschiedenen Parteien verknüpft waren. Die konkrete Erinnerungskultur eines Landes ist somit auch Ausdruck parteilicher Geschichtspolitik.

IV. Der "SED-Staat" - das Thema der Enquete-Kommission

Aus der Perspektive des republikanischen Staatsmannes bestimmte Willy Brandt in seiner letzten Parlamentsrede vor seinem Tod die Herausforderung, der sich die Kommission stellen musste. Sie war für ihn ein notwendiger moralisch-politischer Beitrag zum Vereinigungsprozess. Die Auseinandersetzung mit dem SED-Erbe wurde von ihm „als gesamtdeutsche Aufgabe verstanden“.¹⁴ Es ging um Erinnern für die Zukunft. Die Kommission sollte für Brandt auch zu jener Aussöhnung beitragen, „die Wahrhaftigkeit voraussetzt“. Nachdrücklich mahnte er an dieser Stelle zum demokratischen Konsens, „wo es um das Unglück geht, das dem anderen Teil Deutschlands widerfuhr, als wir miteinander die Nazi-Herrschaft hinter uns hatten. ... Es kann jetzt schon gar nicht angehen, dass die Landsleute in den missverständlich so genannten neuen Ländern alleingelassen werden, wo es darum geht, das ihnen unter sowjetischer Herrschaft und kommunistischer Diktatur auferlegte bedrückende Kapitel deutscher Geschichte aufzuarbeiten und so ordentlich wie möglich hinter sich zu bringen“.¹⁵ Voraussetzung war für ihn die „Aufdeckung und Aufklärung“ über Strukturen und Methoden der SED-Diktatur, dies sollte im Mittelpunkt ihrer Arbeit stehen, „zumal wo es um die Machtzentren von Partei, Staat und so genannter Staatssicherheit geht, und wo es sich um das Ausmaß der unterschiedlich festzumachenden Verantwortung handelt“.¹⁶

Klar und unmissverständlich sprach sich der Altkanzler gegen alle Versuche aus, einen Schlussstrich unter diese Diktaturgeschichte zu ziehen. „Ich halte gerade nach den Jahren 1933 bis 1945 wenig oder nichts von der Therapie des Gras-wachsenlassens. Es kann aber auch nicht darum gehen, Schuld dort abzuladen, wo sie nicht hingehört.“¹⁷ Angela Merkel (CDU), forderte auch die Beschäftigung mit der westlichen Wahrnehmung der DDR: „Verwundert waren wir im Osten oft darüber, welche Illusionen man sich im Westen über die DDR macht. Auch darüber müssen wir, so meine ich, diskutieren.“¹⁸

¹⁴ Materialien, a.a.O., Band I, S. 32.

¹⁵ Ebenda.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ A.a.O., S. 110.

Die internationalen Rahmenbedingungen der deutschen Teilung und die Bedeutung der sowjetischen Politik für die Stabilität der DDR waren nur ein Randthema dieser Debatte. Wolfgang Mischnik (FDP), der aus Dresden in den Westen geflohen war, sah sich genötigt, davor zu warnen, die internationale Dimension der deutschen Frage zu übersehen: „Es sollte eine wichtige Aufgabe der Kommission sein, auch die Gesamtzusammenhänge aus den letzten 40, 45 Jahren mit sichtbar zu machen. Wir müssen uns davor hüten, dass die Kommission in erster Linie oder ausschließlich den innenpolitischen Teil - den ich für den wichtigsten halte - betrachtet. Sie muss sich vielmehr darüber im klaren sein, dass das Ergebnis dieser Enquete-Kommission auch international gesehen und beachtet wird.“¹⁹

Widerspruch gegen die Kommission kam von den Postkommunisten. Der PDS-Abgeordnete Uwe Jens Heuer sprach dem Bundestag grundsätzlich das Recht ab, eine solche Enquete-Kommission einzusetzen, die über Geschichte und Folgen der SED-Diktatur verhandeln sollte. Für ihn war die DDR ein völkerrechtlich durch den Grundlagenvertrag von 1972 auch von der Bundesrepublik anerkannter souveräner Staat. Er führte den Kalten Krieg in und um Deutschland und die Einbeziehung beider deutschen Staaten in gegensätzliche Bündnissysteme als Ursachen für die deutsche Teilung ins Feld. Er verlangte, dass nicht allein über „Unrecht und Demokratieverletzungen in der DDR zu reden ist“,²⁰ sondern auch über die in der Bundesrepublik. Gemeint war der Umgang mit den Kommunisten im Weststaat, das KPD-Verbot von 1956 und die Einstufung der Kommunisten als extremistische Gegner der Verfassungsordnung der Bundesrepublik. Die PDS stimmte gegen die Einsetzung der Kommission und brachte in den Abschlussbericht ihre Minderheitenvoten ein, die selbstverständlich ebenfalls gedruckt wurden.

Im Mittelpunkt der Arbeit der Kommission stand das politische System der DDR: Rolle und Bedeutung der kommunistischen Partei, die Funktion des Geheimdienstes und die Bedeutung von Recht und Justiz für die Diktatur und die Konsequenzen für die Bürger. Von 1945 bis 1989 flohen ca. 4 Millionen Menschen aus der DDR. Ihre "Abstimmung mit den Füßen" demonstrierte aller Welt: die deutsche Frage war noch offen. Sie trugen dazu bei, dass die DDR die „Staatsgrenze West“ 1952 befestigte und in Berlin 1961 die Mauer baute.

¹⁹ A.a.O., S. 90.

²⁰ A.a.O., S. [89](#).

Die SED war eine atheistische Partei, sie betrieb zielgerichtet die Entchristianisierung der in der DDR gelegenen Hochburgen des deutschen Protestantismus. Rolle und Selbstverständnis der Kirchen in den verschiedenen Phasen der SED-Diktatur waren daher ein unverzichtbare Themen, zumal die beiden großen christlichen Kirchen eine wichtige Klammer zwischen den Deutschen in Ost und West darstellten. Durch ihre mannigfaltigen Kontakte hielten sie in den 40 Jahren der Teilung das Bewusstsein wach, einem Volk anzugehören. Dies war einer der Gründe, warum die SED versucht hatte, mit Hilfe der Staatssicherheit durch Werbung von Spitzeln verdeckt Einfluss zu nehmen auf kirchliche Entscheidungsprozesse. Die letzte Generation der DDR-Opposition formierte sich unter dem Dach der evangelischen Kirche. Die Enttarnung von Spitzeln, namentlich unter den Juristen im Kirchendienst nach 1990, führte zu heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen und erschütterte das moralische Ansehen der evangelischen Kirche im Osten schwer.

Alle diese Themen wurden von ostdeutschen Abgeordneten, die mehrheitlich aus der Bürgerrechtsbewegung kamen, aber verschiedenen Parteien angehörten, in die Kommissionsarbeit eingebracht, ebenso das Thema Opposition und Widerstand. Es gab kein Jahr der kommunistischen Diktatur ohne widerständiges Verhalten in der Bevölkerung. Im Zentrum des Interesses der westdeutschen Parteien standen dagegen die innerdeutsche Politik und ihre zentralen Entscheidungen in den 40 Jahren Bundesrepublik. Welche von ihnen waren die entscheidenden Weichenstellungen für die Überwindung der Teilung? Noch einmal ging es um die Politik der Westbindung und der westeuropäischen Integration der Bundesrepublik, wie sie Konrad Adenauer in seiner Amtszeit verfolgte. Eine weitere Zäsur setzte Willy Brandt mit der Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition, die den Status Quo der Teilung regelte und die DDR als deutschen Teilstaat anerkannte. Im Rückblick erwies sich: Westbindung und Ostpolitik waren konstellationsbedingt jeweils zwingend für den Weststaat. Was oft übersehen wird: Keine Bundesregierung hatte den Verfassungsauftrag der Bundesrepublik aufgegeben, die deutsche Einheit in Frieden und Freiheit im Rahmen der europäischen Integration wieder herzustellen.

Abschließend thematisierte die Kommission die friedliche Revolution in der DDR als Voraussetzung der deutschen Wiedervereinigung. Eine eigene Anhörung widmete

die Kommission dem „Prager Frühling“ und der polnischen Solidarnosc. Beide Ereignisse waren Meilensteine auf dem Weg zur Überwindung des Kommunismus.

V. Die Ergebnisse

Am 41. Jahrestag des Juni-Aufstandes von 1953 in der DDR legte die Enquete-Kommission 1994 dem Bundestag ihren Abschlussbericht vor. Er billigte ihn einmütig gegen die Stimmen der PDS. Die Kommission hatte ihren Auftrag erfüllt, einen aufklärerischen Beitrag zum Vereinigungsprozess zu leisten, mit historischen Fakten den Legenden und Vorurteilen über die politische Geschichte der DDR zu begegnen. In der zu dem Bericht verabschiedeten EntschlieÙung, wurden seine wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst und politisch bewertet. Das Parlament unterstrich:

„Die Hauptverantwortung für das Unrecht, das von diesem System begangen wurde, trägt die SED.“²¹ Das MfS war als „Schild und Schwert der Partei“ ihr Machtinstrument, aber kein Staat im Staate, der eigenmächtig handelte.

Das Urteil der Enquete-Kommission über die Diktatur konnte nur dann überzeugend sein, wenn es zwischen den politischen Verantwortlichen der SED-Diktatur und der Bevölkerung unterschied. Das tat die EntschlieÙung, sie betonte zunächst, dass die Deutschen in der DDR den schwereren Teil der Nachkriegsgeschichte zu tragen hatten. Wörtlich heißt es:

„Die politisch-moralische Verurteilung der SED-Diktatur bedeutet keine Verurteilung der ihr unterworfenen Menschen, im Gegenteil. Die Deutschen in der SBZ/DDR haben den schwereren Teil der deutschen Nachkriegsgeschichte zu tragen gehabt.“²²

Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur waren nicht vergeblich, sie führten am Ende zum Ziel, auch dies würdigte der Bundestag: „Unvergessen blieb der Versuch der Aufständischen vom Juni/Juli 1953, unter Einsatz von Leib und Leben dieses System zu beseitigen, der nur durch sowjetischen Gewalteinsatz niedergeworfen werden konnte. Es ist das bleibende Verdienst der Deutschen in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und im Ostteil

²¹ A.a.O., S. 782.

²² [Ebenda.](#)

Berlins, dass sie das SED-Regime stürzten und den Weg zur Demokratie und damit zur Vereinigung Deutschlands freigemacht haben."²³

Die Kommission wollte diese zweite Diktaturgeschichte nach Hitler aufklären - um der Zukunft der deutschen Demokratie willen. Der Bundestag bekräftigte erneut die Lehre, die die demokratische Politik aus den beiden unterschiedlichen deutschen Diktaturgeschichten zog: „Nichts rechtfertigt Entmündigung und Unterdrückung von Menschen. ... Das Credo demokratischer Politik nach 1945 ‚Nie wieder Krieg von deutschem Boden, nie wieder Diktatur auf deutschem Boden! bleibt bestehen. Dies bedeutet die Absage an jedwede Form totalitärer Ideologien, Programme, Parteien und Bewegungen.“²⁴

Die dritte Grundsatzentscheidung des Bundestages war der Beschluss, den vorgelegten Abschlussbericht sowie die Materialien der Kommission, die „in dieser Form von keiner anderen politischen oder wissenschaftlichen Institution hätten hervorgebracht werden können“, ²⁵ zu veröffentlichen.

VI Die doppelte Diktaturgeschichte der Deutschen und die Erinnerungskultur der Demokratie

VI 1 Der ursächliche Zusammenhang zwischen NS- und SED-Diktatur

„Der Staat DDR existierte aufgrund des totalitären Machtwillens der sowjetischen und deutschen Kommunisten, den sie auch gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen.“ Mit dieser Feststellung beginnt der Abschlussbericht, aber allen Mitgliedern der Kommission war eines bewusst: Die Voraussetzung für die Entstehung dieser Diktatur und der damit verbundenen Sowjetisierung von Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei war die nationalsozialistische Diktatur und der von ihr entfesselte Zweite Weltkrieg. Der Abschlussbericht unterstreicht diesen ursächlichen Zusammenhang zwischen den beiden Diktaturen gleich zu Beginn:

²³ Ebenda.

²⁴ Ebenda.

²⁵ [A.a.O., S. 785. Ein Jahr später erschienen die Materialien der Enquete-Kommission: "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland", \(12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages\), 9 Bände in 18 Teilbänden, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden/ Frankfurt/Main 1995.](#)

„Die entscheidende Voraussetzung für die Errichtung der kommunistischen Diktatur in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und damit für die Teilung Deutschlands schuf jedoch die nationalsozialistische Kriegs- und Vernichtungspolitik des Zweiten Weltkrieges ... Die deutsche Expansionspolitik zwang die Großmächte Großbritannien, die Sowjetunion und die USA im Jahre 1941 zu jenem ‚seltsamen‘ Bündnis, dem es schließlich vier Jahre später gelang, den deutschen Aggressor und seine Verbündeten niederzuwerfen... Deutschland hatte 1945 nicht nur eine militärische Niederlage erlitten, sondern musste auch mit Gebietsverlusten im Osten rechnen, die mit einer massenhaften Vertreibung der deutschen Bevölkerung eingeleitet wurde. Es war von der NS-Diktatur befreit, aber auch den Besatzungsmächten bedingungslos ausgeliefert. Die in der Ära Bismarck gewonnene Großmachtstellung, die bereits durch den Ersten Weltkrieg geschwächt worden war, hatte es selbstverschuldet vollends verspielt. Am 5. Juli 1945 übernahm der Alliierte Kontrollrat die oberste Regierungsgewalt in Deutschland („Berliner Erklärung“). Deutschland war damit zwar nicht als Völkerrechtssubjekt ausgelöscht, aber faktisch und rechtlich zum Objekt der vier Siegermächte geworden.“²⁶

Die Kommission stellte damit klar, ihre Verhandlungen über die SED-Diktatur und die deutsche Teilungsgeschichte ließen sich von dieser Vorgeschichte nicht trennen. Die Einsetzung dieser Enquete-Kommission wurzelte zudem in den Erfahrungen, die die Deutschen in der Auseinandersetzung mit ihrer nationalsozialistischen Vergangenheit gesammelt hatten. Es war und ist ein schmerzhafter und langwieriger generationsübergreifender Lernprozess in der deutschen Gesellschaft. In der Auseinandersetzung mit den beiden Diktaturen in Deutschland geht es seit 1945 natürlich immer um die nationale Identität und damit um die demokratische Zukunft unseres Landes.

VI 2. Das Gedenkstättenkonzept der zweiten Enquete-Kommission

Der Bundestag setzte 1994 eine zweite Enquete-Kommission ein, die an die Arbeit der ersten anknüpfte. Im Mittelpunkt Ihrer Verhandlungen standen Fragen, die sich mit der „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Ein-

²⁶ Materialien, a.a.O., Bd. I, S. 208 f.

heit“ befassten. Die vierte Grundsatzentscheidung des Bundestages betraf die Gestaltung der deutschen Erinnerungskultur, er beauftragte die Kommission ein Gedenkstättenkonzept zu entwickeln. Die Aufgabe war es, aus den vielen Orten des Schreckens und des Terrors der Diktaturen, jene zu bestimmen, die von nationaler Bedeutung waren, und die dauerhaft von der Bundesrepublik unterhalten werden müssen. Gedenkstätten „stellen einen unersetzliches Zeugnis der Erinnerung an Terror, Unterdrückung und Widerstand dar. Sie sind Zeichen der Anerkennung und moralischen Rehabilitierung für die Opfer der Diktatur durch den demokratischen Staat.“²⁷ Als Grundsatz für die Erinnerung an beide Diktaturen postulierte die Kommission ein wechselseitiges Verbot der Relativierung der Geschichte von NS- und SED-Staat:

„Die NS-Verbrechen dürfen durch die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus nicht relativiert werden. Die stalinistischen Verbrechen dürfen durch den Hinweis auf die NS-Verbrechen nicht bagatellisiert werden.“²⁸ Ein zentraler Unterschied zwischen beiden Diktaturen bestehe darin, dass die NS-Diktatur in ihrer terroristischen Praxis vor allem Nichtdeutsche heimsuchte. Wladyslaw Bartoszewski, der als Pole die Lager der Nazis und die Gefängnisse der Kommunisten durchlitt, verdeutlichte in einer Anhörung vor der Kommission einen qualitativen Unterschied im Vorgehen der totalitären Bewegungen: „In der Praxis der NS-Diktatur gegenüber Nichtdeutschen finde ich charakteristisch, dass sie im Grunde genommen niemanden überzeugen wollten. Sie wollten hörige Vollstrecker ihrer Befehle haben. Die Kommunisten dagegen wollten die Leute überzeugen oder sie mindestens dazu bewegen, sich als ideologisch überzeugt zu erklären. Die Nazis haben ihre Absichten und Ziele grausam exekutiert. Die Kommunisten haben immer ein Schuldbekenntnis gefordert.“²⁹ Der Redner ging dann auf die Unterschiede der Verbrechen von Kommunisten und Nationalsozialisten ein: „Wenn es um die Vernichtung der Menschen geht, insbesondere um den Genozid der Juden, war der Nationalsozialismus ein singuläres Ereignis in der Geschichte des Abendlandes. Wenn es aber um die ideologische, weltanschauliche Vergiftung der Menschen geht, hat der Kommunismus unvergleichbar größere Wirkungen erhalten, und dies nicht nur wegen der unvergleichbaren Zeit;

²⁷ [Enquete-Kommission: "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit", hrsg. vom Deutschen Bundestag, acht Bände in 14 Teilbänden, Baden-Baden 1999, Band I, S. 588.](#)

²⁸ Schlussbericht, a.a.O., S. 614.

²⁹ [Protokoll der 10. Sitzung: Wege ins Offene - Erfahrungen und Lehren aus den Diktaturen des 20. Jahrhunderts, in: Enquete - Kommission Überwindung, a.a.O., Band I, S. 868.](#)

die Sowjetunion hat doch fast 75 Jahre existiert, die Nazis waren gerade einmal 12 Jahre an der Macht.“³⁰

Die Opfer der nationalsozialistischen Diktatur kamen während des Krieges aus allen Teilen Europas: „Die Friedhöfe der KZ-Gedenkstätten sind auch Friedhöfe für Angehörige fast aller Völker Europas.“³¹ Somit hatte die Kommission es nicht allein mit deutschen Gedenkstätten zu tun: „Die NS-Gedenkstätten sind europäische Orte. Daher sind diese Gedenkstätten nicht allein Orte der demokratischen Erinnerungskultur der Deutschen, sondern Orte einer europäischen Erinnerungskultur.“³² Diese Wahrnehmung der NS-Gedenkstätten zeigt, dass die Bundesrepublik gewillt ist, die Erinnerung an den Zivilisationsbruch, den die NS-Diktatur darstellte, in diesen Stätten des Terrors wach zu halten. Europas Völker erwarteten nach dem Krieg von den Deutschen, dass sie die Gräber der nicht-deutschen Opfer ihrer Diktatur pflegten und sich selbstkritisch mit ihrer Diktaturgeschichte auseinandersetzten. Dies geschah, das Ergebnis dieses Prozesses ist die heutige Erinnerungskultur der Deutschen, in deren Mittelpunkt weiterhin das Gedenken an die Opfer steht: „Die öffentliche Erinnerung in der demokratischen Erinnerungskultur der Bundesrepublik gilt allen Opfern von Unrecht und Gewalt in beiden Diktaturen. Sie muss das Gedenken an Opposition und Widerstand gegen die Diktaturen wach halten. Allen Opfern von Unrecht und Diktatur gilt Respekt in der demokratischen Erinnerungskultur.“³³ Die Kommission schlug vor, dass der Bund dauerhaft folgende Gedenkstätten und Erinnerungsorte fördert: Sachsenhausen, Buchenwald, Ravensbrück, die Gedenkstätte Deutscher Widerstand und als Orte der Täter die Stiftung „Topographie des Terrors“ und das Haus der Wannsee-Konferenz, in dem 1942 die „Endlösung der Judenfrage“ beschlossen wurde. Die beiden Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald waren nach 1945 sowjetische Speziallager, hier muss somit der Opfer beider Diktaturen gedacht werden. Die Gedenkstätte Hohenschönhausen, zentrales Untersuchungsgefängnis der Staatssicherheit in Berlin und die Haftanstalt Bautzen sollen an die Repression der SED-Diktatur erinnern. Die Thematik der deutschen Teilung sollte in der „Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn“ und in der „Gedenkstätte Berliner Mauer“ dokumentiert werden.³⁴

³⁰ [Ebenda.](#)

³¹ [Schlussbericht, a.a.O., S. 621.](#)

³² [Ebenda.](#)

³³ [A.a.O., S. 615.](#)

³⁴ [Vgl. Schlussbericht der Enquete-Kommission 10.6.1998, in: Deutscher Bundestag \(Hrsg.\), Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ \(13.](#)

Der Bundestag billigte das Gedenkstättenkonzept und die Bundesregierung setzte es um. Seit 1998 gibt es finanziell gesicherte Gedenkstätten und Erinnerungsorte an beide Diktaturen.

Auch die sechste Entscheidung traf der Bundestag auf Vorschlag der Enquete-Kommission. Er beschloss die Errichtung einer Bundesstiftung zur „Aufarbeitung der SED-Diktatur“, die die weitere Auseinandersetzung mit deren Geschichte in der Wissenschaft und der Öffentlichkeit fördern soll.

Der Streit um den Platz der DDR in der deutschen Geschichte ist noch lange nicht abgeschlossen. Die Stiftung soll sich dabei nicht allein auf das eigene Land konzentrieren, sondern die Diskussion um die kommunistischen Diktaturen in unseren Nachbarländern aktiv mit einbeziehen. War der Nationalsozialismus eine zutiefst deutsche Diktatur, so war die kommunistische Diktatur in der DDR Teil des sowjetischen Imperiums. Die Stiftung Aufarbeitung hat den gesetzlichen Auftrag, die internationale Aufarbeitung von Geschichte und Folgen des sowjetischen Kommunismus zu fördern, um einen Beitrag zu einer europäischen Erinnerungskultur an die totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu leisten.

VII Das Gedenken an Opposition und Widerstand

VII 1 Die Erinnerung an den Widerstand gegen Hitler in der Bundesrepublik

Die sechs zentralen Entscheidungen des Bundestages zum aufklärerischen Umgang mit Geschichte und Folgen der SED-Diktatur betrafen die Öffnung der Archive Geheimdienstes und der Partei, die Errichtung von Gedenkstätten in Haftorten für ihre Opfer und die politische Durchsetzung dieser zweiten Vergangenheitsbewältigung. Die Auseinandersetzungen mit den Machtstrukturen in der DDR und damit den Tätern konzentrierte sich auf die Staatssicherheit. Die Kommunistische Partei selbst, die diese Diktatur zu verantworten hatte, rückte in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund. Dies geschah auch mit dem Gedenken an Opposition und Wider-

[Wahlperiode des Deutschen Bundestages](#)), acht [8 Bände in 14 Teilbänden, Band I, Baden-Baden 1999, S. 640-646.](#)

stand. Die zweite Vergangenheitsbewältigung folgt auch in der Berücksichtigung von Opposition und Widerstand dem Verlauf der ersten.

Die weltweit beachtete Aktion des deutschen Widerstands gegen Hitler war das missglückte Attentat auf den Diktator am 20.7.1944. Dieser Widerstand reichte in seiner politischen Bandbreite von den Kommunisten bis zu den Konservativen. Am 20. Juli 1944 handelte der militärische Widerstand, dies waren Offiziere, welche wussten, dass der Krieg verloren war. Sie wollten aber den Untergang Deutschlands abwenden und ein moralisches Zeichen setzen. Nach dem gescheiterten Attentat nahm das Regime an ihnen gnadenlos Rache und so wurde die Befreiung auch der Deutschen von der Nazi-Diktatur das Werk der siegreichen alliierten Armeen. Kurt Schumacher, KZ-Häftling unter Hitler, der in den westlichen Besatzungszonen die SPD maßgeblich wieder aufbaute, fasste im Sommer 1945 das Ergebnis der nationalsozialistischen Diktatur und ihres Krieges für die Deutschen in die Worte: „Jetzt liegt das Trümmerfeld unübersehbar vor uns. Das Reich ist zerbrochen, die Nationen auseinander gerissen, die Wirtschaft zerstört, die soziale Lage großer Teile des Volkes von kläglicher Armseligkeit, die Verluste in den Familien niederdrückend und gar nicht wieder auszugleichen. Die Deutschen stehen in der schwersten Periode ihrer Geschichte, die in mancher Hinsicht peinvoller und hoffnungsloser ist als nach dem dreißigjährigen Krieg.“³⁵ Die Deutschen hatten ihre Souveränität verloren, ihr Selbstbestimmungsrecht war von den vier Siegermächten suspendiert und sie standen unter Besatzungsherrschaft. In dieser historischen Konstellation berief sich der Widerstandskämpfer Schumacher auf die Opfer des deutschen Widerstandes gegen Hitler, um eine politische Mitsprache der deutschen Demokraten über das Schicksal des Landes einzufordern: „Als das Unglück doch hereingebrochen war, hat sie [die SPD] trotz der praktischen Aussichtslosigkeit die Opfer der Illegalität nicht gescheut. Sie erkennt dankbar an, dass dies auch bei anderen politischen Richtungen der Fall gewesen ist. Der Sinn der sozialdemokratischen Opfer in der Illegalität ist nur darin zu sehen, dass der Welt damit gezeigt werden sollte, dass nicht alle Deutschen Nazi seien, und dass neben dem Nazi-Deutschland auch noch ein anderes Deutschland bestand. Tatsächlich ist dann auch kein Opfer, das die Nazifeinde gebracht haben, ohne Sinn und Zweck geblieben, denn jetzt gibt es wenigstens Menschen in

³⁵ [Kurt Schumacher: Konsequenzen deutscher Politik, in: ders.: Nach dem Zusammenbruch, Hamburg 1948, S. 16.](#)

Deutschland, denen die Welt die moralisch-politische Berechtigung nicht abstreiten kann, die Stimme bei der Neugestaltung Deutschlands zu erheben.“³⁶

Die Mitglieder des deutschen Widerstandes waren in der Gesellschaft Nazi-Deutschlands eine Minderheit. Dieser Mitspracheanspruch der Überlebenden aus ihren Reihen, den Schumacher so überzeugend begründete, wirkte gegenüber den alliierten Besatzungsmächten. In den westlichen Besatzungszonen war der Wiederaufbau einer deutschen Demokratie das erklärte Ziel der westlichen Besatzungsmächte und sie stützten sich bei seiner Verwirklichung auf Gegner des Nationalsozialismus. Die Akzeptanz des Widerstands bei den alliierten Mächten wurde in der Gesellschaft der Bundesrepublik nicht sogleich nachvollzogen. Konrad Adenauer und Kurt Schumacher wurden als Parteiführer von CDU und SPD 1949 gewählt, aber damit gehörte das Gedenken an den Widerstand gegen Hitler noch lange nicht zur politischen Identität der zweiten deutschen Demokratie. In den Erlebnisgenerationen, namentlich unter den ehemaligen Soldaten der Wehrmacht, war vor allem der militärische Widerstand noch mit dem Odium des Verrats behaftet. In Berlin, am Ort des Attentats, wurde am 20.7.1952 auf Initiative von Angehörigen der Widerstandskämpfer „des 20. Juli 1944“ der Grundstein für ein Ehrenmal gelegt. „Von symbolischer Bedeutung war die Einweihung des Ehrenmals für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Berliner Bendler-Block am 20.7.1953 durch Ernst Reuter, der dieses Ereignis ausdrücklich zu dem Volksaufstand gegen die SED-Diktatur vom 17.6.1953 in Beziehung setzte.“³⁷ Für den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, auch er gehörte zum Widerstand gegen Hitler, war der Kampf um eine demokratische Republik der Deutschen noch nicht beendet: „Die Verpflichtung zur Freiheit und Demokratie, die aus dem Widerstand gegen die NS-Diktatur gezogen wurde, gilt auch im Kampf gegen die SED-Diktatur.“³⁸

In dieser Phase der deutschen Teilungsgeschichte diente das Gedenken an das Vermächtnis des deutschen Widerstandes gegen Hitler der demokratischen Legitimation der Bundesrepublik im Inneren und ihrem Anspruch auf die deutsche Einheit auf der Basis freier Wahlen in ganz Deutschland.

³⁶ A.a.O., S. 22.

³⁷ [Schlussbericht](#), a.a.O., S. 590.

³⁸ [Ebenda](#).

Mit der Entspannungspolitik und der Anerkennung der DDR als eigenständiger deutscher Teilstaat durch die Ostverträge der Bundesrepublik 1972 änderte sich diese Perspektive.

In der Bundesrepublik wurden in der Erinnerungskultur die beiden Diktaturgeschichten nun entkoppelt. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur gewann an gesellschaftlicher Akzeptanz, 1968 entstand in Berlin das Dokumentationszentrum deutscher Widerstand.

Im Zuge der historischen Aufarbeitung des deutschen Widerstands gegen den Nationalsozialismus, entstand ein differenziertes Bild widerständigen Verhaltens von Christen, der individuellen Resistenz gegen die Politik der Diktatur und ein weißer Fleck wurde entdeckt: der Widerstand der Kommunisten. All dies führte zur Entwicklung eines integrativen Widerstandsbegriffs, der sich auf die lebensgeschichtliche Dimension der Menschen stützte, die dem NS-Regime widerstanden. Der Schlussbericht der Enquete-Kommission "Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit" kommentiert die Konsequenz dieses individualistischen Ansatzes, der die Einbeziehung des kommunistischen Widerstandes ermöglichte: „Die Ziele der politischen Opposition gegen das NS-Regime, die diese nach dem Sturz der Diktatur verfolgten, traten dabei in den Hintergrund.“³⁹ Das Ziel der Kommunisten war aber ihre eigene Diktatur, die sie nach 1945 in der SBZ/ DDR auch errichteten.

Als es galt, Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur in die demokratische Erinnerungskultur der Deutschen zu integrieren, warf dieser integrative Ansatz bezüglich des kommunistischen Widerstandes vor 1945 ein Problem im Diktaturenvergleich auf. So zeigte z.B. die Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand Anfang der neunziger Jahre Bilder von Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht als den Führern des kommunistischen Widerstandes. Unerwähnt blieb, dass sich Stalins deutsche Kader bereits 1944 im Moskauer Exil darauf vorbereiteten, in der SBZ die kommunistische Diktatur aufzubauen. In den erklärenden Texten zu den beiden führenden Kommunisten wurde in der Gedenkstätte damals nicht darauf hingewiesen. Die Zuordnung dieser Moskauer Kader, die aus der deutschen Arbeiterbewegung kamen, deren Loyalität aber Stalins Sowjetunion gehörte, in die Geschichte des deutschen Widerstands war fragwürdig und löste eine heftige Kontroverse aus.

³⁹ A.a.O., S. 592.

VII 2. Die Erinnerung an Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur

Die Bundesregierung plante und der Bundestag diskutierte seit 2004 eine Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes von 1998.

Am 4. Juli 2007 hat der Kulturstaatsminister Bernd Neumann einen Entwurf für einen neuen Gedenkstättenkonzept des Bundes vorgelegt. Erstmals gibt es einen Vorschlag, wie der Opposition und des Widerstandes in der DDR dauerhaft gedacht werden soll. Nach den Vorstellungen des Kulturstaatsministers soll im "Haus 1" in der ehemaligen MfS-Zentrale ein „Dokumentations- und Bildungszentrum zum Thema 'Repression und Widerstand in der SED-Diktatur' eingerichtet werden. In diesem soll die Funktion des Ministeriums für Staatssicherheit im System der SED-Diktatur ausführlich dargestellt werden.“⁴⁰ Das Zentrum soll außerdem eine Dauerausstellung "Widerstand und Opposition" beherbergen.

Der Ort, an dem dieses Vorhaben realisiert werden soll, wurde im Januar 1990 von Demonstranten besetzt. An diesem amtierte der Minister für Staatssicherheit Erich Mielke. Seine Besetzung symbolisiert für viele Bürgerrechtler der DDR bis heute ihren Sieg über den Repressionsapparat der SED und hier ertrotzten sie im Sommer 1990 die Aktenöffnung.

Scheitern könnte dieses Vorhaben am Finanzbedarf, denn dieses unscheinbare Verwaltungsgebäude müsste grundlegend saniert werden.

Der Vorschlag des Kulturstaatsministers bricht mit der säuberlichen Trennung der Geschichte von Opfern, Widerstand / Opposition und Tätern, wie sie für die über Jahrzehnte gewachsene Struktur des Gedenkens an den Nationalsozialismus charakteristisch ist. Neu ist die dezidierte Kombination von Dokumentation der Geschichte und ihrer Vermittlung des historischen Wissens über die SED-Diktatur an die Nachgeborenen.

In den deutschen Debatten über den Diktaturenvergleich ging es immer um die historischen Unterschiede zwischen der NS- und der SED-Diktatur. Der Vorschlag, die Dokumentation von Repression und Widerstand an einem Ort vorzunehmen, zieht im Blick auf die SED-Diktatur aus dieser Debatte eine nahe liegende Schlussfolgerung:

⁴⁰ [Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: Kulturstaatsminister Neumann übergibt Diskussionsentwurf zum neuen Gedenkstättenkonzept, Berlin, 4.7. 2007, S. 12.](#)

Zum einen entwickelte sich der Repressionsapparat der SED, das MfS in Abhängigkeit von der Reaktion der Bevölkerung in der DDR auf die Herrschaft der SED. Der Aufstand am 17. Juni 1953, die Fluchtbewegungen aus der DDR, die christliche Resistenz gegen den atheistischen Staat, künstlerische und intellektuelle Opposition oder die Auflehnung von Bauern und Handwerkern gegen die Enteignung ihres Eigentums, all diese Formen der individuellen und kollektiven Selbstbehauptung gegen den Machtwillen der Diktatur hatten Einfluss auf die Politik der SED und führte zum Wachstum des Staatssicherheitsapparates.

Zum anderen gibt es in Bezug auf Opposition und Widerstand in der DDR einen gravierenden Unterschied zum Widerstand gegen die NS-Diktatur. Dieser war nicht stark genug, um die Diktatur von innen zu stürzen, im Gegensatz dazu haben die Gegner der SED-Diktatur 1989 über sie gesiegt. Dieser Sieg der letzten Generation der DDR-Opposition ist nicht ohne Ironie: Viele von ihnen wollten einen reformierten Sozialismus in der DDR kein vereinigtes Deutschland. Das genau war aber auch das Ziel der ersten Generation des Widerstandes gegen die Etablierung der kommunistischen Diktatur in den späten vierziger und fünfziger Jahren gewesen.

Der totalitäre Machtwille der Kommunisten und die Opposition oder gar der Widerstand gegen ihre Entscheidungen aus der Gesellschaft waren ein prägendes Charakteristikum der DDR-Geschichte. Wird die Herrschafts- und Widerstandsgeschichte aufeinander bezogen, so ist die konfliktreiche politische Geschichte dieses deutschen Teilstaates für die Nachgeborenen einsichtiger und vor allem nachvollziehbarer. Die Jugendlichen bekämen so für ihr eigenes Urteil Gründe für das Handeln beider Seiten geboten.

Ob es 17 Jahre nach der deutschen Einheit gelingt, der Erinnerung an die Opposition und den Widerstand gegen die SED-Diktatur einen dauerhaften Ort zu geben, wird in der Debatte im Bundestag in den nächsten Monaten entschieden. Im Grundsatz lässt der Staatsminister keinen Zweifel daran, dass dieser Schritt notwendig ist:

„Unverzichtbarer Bestandteil unserer Erinnerungskultur ist das angemessene Gedenken an die Menschen, die sich gegen die Diktatur der SED zur Wehr setzten und dafür häufig einen hohen Preis zahlten.“⁴¹ Ihr Einsatz für Freiheit und Menschenrechte ist ein Vermächtnis für die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Es geht bei der

⁴¹ A.a.O., [S. 14](#).

Würdigung und den Gedenken an den Widerstand gegen beide Diktaturen um das
Erinnern für die Zukunft.